

15./VIII. 1918

45

Die Versorgung der Beamten.

Der Zentralpalast als Riesenmagazin.

Der feinerzeit vom Kommerzrat Wohlisch Läger in der Marienhilferstraße nahe dem Gürtel erbaute Zentralpalast — bekanntlich eines der schönsten Geschäftshäuser Wiens —, dessen wechselvolles Schicksal wiederholt den Gegenstand öffentlicher Erörterung bildete, soll nun in nächster Zeit einer neuen Bestimmung angeführt werden. Der Zentralpalast wird in naher Zukunft einzig und allein in den Dienst der Verwaltung unserer Staatsbeamten gestellt werden. Er wird eine Art von staatlichem Warenhaus beherbergen, in dem die Staatsbediensteten zu wirtschaftlich billigem Preis mit allen Bedarfssachen versorgt werden.

Wir erhalten zu dieser ebenso interessanten wie wirtschaftlich bedeutsamen Neugestaltung von informierter Seite folgende Mitteilung:

„Dass die Staatsbeamten unter der Unzufriedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse ungemein

schwer zu leiden haben, ist eine wohl schon allgemein bekannte Tatsache. Auch die Regierung hat sich nicht der Einsicht verschlossen, dass für diese Mittelsstandskategorie so rasch als möglich billige Bezugsquellen geschaffen werden müssen, soll nicht der Beamtenstand seinem wirtschaftlichen Nutzen überantwortet werden. Es wurde daher die Versorgung der Staatsbeamtenchaft mit Bedarfssachen in die Wege geleitet und die niederösterreichische Statthalterei mit dem Ausbau dieser Institution beauftragt. Sie errichtete zunächst ein Lebensmittelmagazin in der Capistrangasse, in dem alsbald außer Lebensmitteln auch Bedarfsgegenstände und Bekleidungsmaterial zur Ausgabe gelangen. Vor längerer Zeit wurde überdies das dritte und vierte Stockwerk im Zentralpalast gemietet und dort ein großes Schuhlager etabliert, in dem die Erzeugnisse der Mitterndorfer Schuhfabrik an Staatsbedienstete und deren Angehörige abgegeben wurden.

Dieser wirtschaftlichen Organisation waren vorläufig die Beamten der Statthalterei und deren Familienangehörige — circa 4000 Köpfe — angeschlossen. Die Organisation funktionierte derart erfolgreich und das Bedürfnis nach ihrer Ausgestaltung mochte sich so sehr geltend, dass schrittweise auch in den grösseren niederösterreichischen Provinzialstädten ähnliche Abgabestellen errichtet wurden. Dieser Ausbau ist noch nicht abgeschlossen, er wird sich demnächst auf zwanzig Provinzorte erstrecken. Aber auch in Wien selbst erweist es sich als immer nötiger, den Kreis der Versorgten zu erweitern. Insbesondere erstreben die Beamten der Ministerien den Anschluss an diese Wirtschaftsstelle. Sollte seine Durchführung, dann wird sich die Zahl der Angeschlossenen auf 150.000 erhöhen. Mit der Zeit — das allerdings ist nur ein Projekt — soll die ganze Staatsbeamtenfamilie Österreichs nebst den Familienangehörigen, insgesamt mehr als eine Million Köpfe, dieser gemeinnützigen Warenversorgung teilhaftig werden.

Vorläufig liegt die Geschäftsführung dieser Versorgungsorganisation in den Händen der von der Statthalterei errichteten Wirtschaftlichen Geschäftsführung, deren rein kaufmännischer Arbeit es bisher gelungen ist, die mitunter sehr bedeutenden kommerziellen Schwierigkeiten glücklich zu überwinden und die erforderlichen Waren in ausreichenden Mengen herbeizuschaffen. Seit 1. d. hat die Statthalterei nun auch den Zentralpalast von der letzten Besitzerin, der Centralbank deutscher Sparkassen, unter ungemein günstigen Bedingungen förmlich erworben. Es wird nun mit grösster Beidrängung daran gegangen, den Zentralpalast in ein Riesenmagazin und Warenhaus für Staatsbedienstete umzugestalten. Die bisher benützten Lokalitäten in der Capistrangasse haben sich bereits lange als durchaus unzureichend erwiesen.

Was endlich die Versorgung selbst anlangt, sind alle Teilnehmer mit den gebotenen Artikeln und insbesondere mit den billigen Preisen zufrieden. Es werden nicht nur sämtliche Lebensmittel, nicht nur Schuhe, sondern auch Stoffe und Wäsche sowie Wittringen an die Staatsbediensteten und deren Angehörige abgegeben. Alle diese Artikel werden zu Preisen verkauft, die sich zu den sonst üblichen Ladenpreisen um mindestens 50 bis 100 Prozent niedriger stellen.